

Iolstein · Hamburg

Donnerstag, 19. Februar 2015
Nr. 42

Albig erwartet Flüchtlingsboom

Neuer Rekord: Bis zu 20 000 Asylbewerber bis Jahresende – Uni begrüßt geplante Aufnahmestelle auf Campus



Ministerpräsident Albig wirbt für Willkommenskultur. Foto eis

Kiel. Die Regierung richtet sich auf den höchsten Flüchtlingszustrom seit Jahrzehnten ein – und hat ein Notprogramm vorgelegt. In Kiel soll bis Herbst eine große Aufnahmestelle eingerichtet werden, etwa auf dem Uni-Campus. Zusatz-Lehrer sollen Flüchtlingskinder unterrichten.

Von Ulf B. Christen

In Schleswig-Holstein ist Flüchtlingspolitik seit gestern Chefsache. In einer Regierungserklärung warb Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) beherzt für eine Willkommenskultur, um dann eine brisante Prognose abzugeben: „In diesem Jahr werden uns bis zu 20 000 Flüchtlinge erreichen.“ Das sind doppelt zu viele wie noch vor Tagen gemutmaßt. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr kamen 7600 Flüchtlinge und selbst Anfang der 90er Jahre waren es vor dem damaligen Asyl-Kompromiss nie mehr als 12 200.

Mit Blick auf die neue Rekordzahl kündigte Albig zahlreiche Maßnahmen an, darunter den Bau neuer Erstaufnahmeeinrichtungen. Grund: Die Stellen Neumünster und Boostedt (zusammen 1350 Plätze) reichen nicht. Nötig sind nach Rechnung der Regierung bis zu 4000 Plätze, damit Flüchtlinge dort wie vorgesehen die ersten sechs Wochen verbringen können. Zu möglichen Standorten sagte Albig nichts.



Flüchtlinge vor der Landesunterkunft für Asylsuchende in Neumünster. Die Einrichtung ist überbelegt. Foto Karsten Leng

Innenminister Stefan Studt (SPD), in dessen Ressort die Flüchtlingspolitik fällt, wurde konkreter. „Kiel hat Priorität, weil es bei uns direkt vor der Tür ist.“ Die Wege zwischen Ministerium und Rathaus seien kurz. Im Gespräch ist eine „flexible Containerlösung“ für bis zu 900 Flüchtlinge. Als möglichen Standort nannte der Minister den Campus der CAU.

Nach Informationen unserer Zeitung geht es konkret um Flächen hinter der neuen Uni-Bibliothek. Sie sind im Landesbesitz, waren einst für die Technische Fakultät gedacht und werden jetzt teils als Parkplatz genutzt. „Natürlich muss es auf dem Campus auch eine professionelle Betreuung geben“, sagte Studt gestern.

Die Uni-Spitze, die der Minister erst am Vortag über die Pläne informiert hatte, be-

grüßte den Vorstoß. „Wir werden gerne prüfen, inwieweit sich die CAU an der Unterbringung oder an Betreuungskonzepten beteiligen kann“, sagte Uni-Präsident Lutz Kipp. Beifall kam aus der Studierendenschaft. „Es ist schön, dass die Flüchtlinge nicht am Stadtrand sondern auf dem Campus leben sollen“, sagte ASTA-Chefin Paulina Spiess. Die Infrastruktur sei vorhanden, etwa Mensen.

Auch Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) kann sich eine Erstaufnahmeeinrichtung in der Landeshauptstadt gut vorstellen. „Das macht Sinn.“ Kiel sei eine weltoffene Stadt. Kämpfer brachte einen Alternativstandort ins Spiel, die leerstehende Marineschule in der Wik. Sie gehört dem Bund, könnte aber zu einer Flüchtlingsunterkunft umgebaut und später vielleicht einmal

als Studentenwohnheim genutzt werden. Kämpfer betonte, dass Kiel nach der bisherigen Landesregelung für jeden Erst-Flüchtling später einen Asylbewerber weniger unterbringen müsse. Das gelte zumindest für Neumünster und den Kreis Segeberg (Boostedt). „Wer das für Kiel ändern will, muss gute Argumente haben.“ Studt will sich hier nicht festlegen. „Wir werden darüber sprechen müssen, ob wir diese Modalität beibehalten können.“ Hintergrund: Das Land will notfalls auch in Lübeck, Flensburg und an der Westküste Anlaufstellen einrichten und müsste die Erst-Flüchtlinge bei einer Vollerrechnung später auf immer weniger Landkreise verteilen. Albig schloss nicht aus, dass Flüchtlinge bis Herbst zunächst in Zelten untergebracht und in Containern überwintern müssen. Nach

der Prognose ist zudem mit bis zu 6000 Flüchtlingskindern zu rechnen, die größtenteils Deutsch lernen müssen. Dazu will Albig aus Bundesmitteln zum Sommer 240 zusätzliche Lehrer einstellen. „Den dafür notwendigen Nachtragshaushalt werden wir schnell auf den Weg bringen.“

Klar ist bereits, dass der Flüchtlingsboom Land und Kommunen Mehrkosten beschert. Im Vergleich zu 2014 fallen grob geschätzt Zusatzausgaben von mehr als 50 Millionen Euro an.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther billigte Albig zu, „vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen zu haben“. Warme Worte würden aber nach mehr als einem Jahr Untätigkeit nicht genügen. „Das einzige, was eine Willkommenskultur gefährden kann, ist die Untätigkeit der Landesregierung.“